

„Tempel des modernen Indien“? Die Kontroverse um den Narmada-Staudamm im Winter 2000/2001

von
Helmut Reifeld

Die Narmada zählt zu den mittelgroßen Flüssen in Indien. Sie fließt auf einer Länge von 1.300 Kilometern überwiegend durch den Bundesstaat Madhya Pradesh und mündet dann in Gujarat in das Arabische Meer. Der Hauptstaudamm, um dessen Höhe seit langem gestritten wird, liegt etwa 150 Kilometer vor der Mündung. Die gewaltigen Unterschiede im Wasserstand während der Dürremonate und während der Monsunzeit verlangen jedoch eine äußerst differenzierte Abstufung von Staudämmen. Der maximale Ausbau des Projekts sieht deshalb 30 größere Dämme mit einer Höhe von mindestens 15 Metern, 133 mittelgroße und etwa 3.000 kleinere Dämme vor. Hinzu kommt ein befestigtes Kanalnetzwerk von bis zu 75.000 Kilometern, das primär Gujarat, aber auch Teile von Maharashtra, Madhya Pradesh und Rajasthan mit Wasser versorgen soll. Fernerhin ist geplant, demnächst auch große Teile des Strombedarfs dieser Bundesstaaten aus den entsprechenden Wasserkraftwerken zu decken.

Die Planung für den Bau des Hauptstaudamms, das jetzige Sardar Sarovar Project (SSP), reicht zurück bis in die britische Kolonialzeit. Der Baubeginn war in den siebziger Jahren, und seit den achtziger Jahren kämpft die betroffene Bevölkerung überwiegend gewaltfrei gegen den Weiterbau. Am 18. Oktober 2000 verkündete der Supreme Court in Delhi sein Urteil in einem seit 15 Jahren währenden Rechtsstreit über diesen Weiterbau im Tal des Narmada Flusses. Das oberste Gericht Indiens wies die Klage der Umweltorganisation Narmada Bachao Andolan (NBA) von 1986 zurück und gab dem stufenweisen Weiterbau statt. Beendet wurde damit der Streit jedoch in keiner Weise.

Vielmehr bietet die öffentliche Debatte, die in den folgenden Monaten über dieses Urteil in Indien und teilweise sogar weltweit geführt wurde, eines der aufschlussreichsten aktuellen Beispiele sowohl für öffentliche Meinungsbildung als auch für die Akzeptanz der Judikative in Indien.

1 Perspektiven der Fertigstellung des SSP

Trotz zahlreicher berechtigter Bedenken hat der Supreme Court durch sein Urteil in einem nicht nur in Indien, sondern inzwischen weltweit umstrittenen Staudammprojekt ein politisches Zeichen gesetzt. Das Urteil beruft sich vor allem auf das Narmada Water Dispute Tribunal Award, ein Gutachten von 1979, das seinerzeit im Auftrag des Supreme Court von einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss formuliert worden war. Die zentralen Aussagen dieses Gutachtens sind nach Meinung des Gerichts durch die zwischenzeitlich vorgetragenen Bedenken nicht in Frage gestellt worden. Das Gericht genehmigte deshalb den stufenweisen Weiterbau um jeweils fünf Meter. Dazwischen muss nachgewiesen werden, dass die notwendigen R&R-Maßnahmen (rehabilitation and resettlement) für die betroffene Bevölkerung durchgeführt wurden. Mit der ersten Bauphase konnte unmittelbar begonnen werden, sodass binnen weniger Wochen der Damm bereits von vorher 88 auf 90 Meter angehoben war (*Free Press Journal*, 30.11.2000).

Unmittelbar nach dem Urteil des Supreme Court trat die Narmada Control Authority (NCA) zusammen, um im Auftrag der Nationalregierung und gemäß den Vorgaben des obersten Gerichts innerhalb von vier Wochen einen Aktionsplan für die Durchführung des Gesamtprojekts zu erstellen. Der NCA gehören vor allem politische Vertreter der vier Bundesstaaten Gujarat, Madhya Pradesh, Maharashtra und Rajasthan an, ggf. auch deren Ministerpräsidenten. Ihr obliegt die maßgebliche Verantwortung für die rechtmäßige Fertigstellung des Projekts auf der Grundlage des Narmada Water Dispute Tribunal Award. Die wichtigsten drei Stufen des Aktionsplans, den die NCA am 10. November fertiggestellt hatte und am 29. November öffentlich bekannt gab, sind folgende:

Dammhöhe	Abschluss der R&R-Maßnahmen	Abschluss der Baumaßnahmen
110 Meter (361 feet)	Dezember 2002	Juni 2003
121 Meter (397 feet)	Dezember 2003	Juni 2004
138 Meter (455 feet)	Dezember 2004	Juni 2005

Beachtenswert ist hierbei zweierlei: zum einen, dass die entsprechenden R&R-Maßnahmen jeweils ein halbes Jahr vor dem Erreichen der nächsten Stufe abgeschlossen sein müssen, und zum zweiten, dass die jeweils nächste Stufe vor Eintritt des Monsuns fertiggestellt sein soll. Entsprechend diesen Berechnungen kann der Damm ab einer Höhe von 110 Meter kostendeckend unterhalten werden. Falls dieser Plan eingehalten wird, kann nach dem Monsun des Jahres 2003 das erste Wasser in die bereits fertigen Kanäle in Gujarat fließen. Nach der kompletten Fertigstellung soll der Stausee 18.000 Hektar Land und 3.360 Dörfer in 14 Distrikten Gujarats mit Wasser versorgen. Hinzu kommen 75.000 Hektar in den Wüstendistrikten Barmer und Jalore in Rajasthan sowie 37.500 Hektar in Maharashtra.

Umstritten an diesem Plan sind vor allem die R&R-Maßnahmen. Die NBA hat immer wieder betont, dass die Zahlung von Abfindungen allein (ohne Kompensation in Form von Land) nicht den Vereinbarungen des Narmada Water Dispute Tribunal Award entspreche. In dieser Hinsicht hat das oberste Gericht versucht, den Planungsmängeln der Vergangenheit entgegenzusteuern. Die Richter haben sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, welche Formen von Rehabilitation und Wiederansiedlung überhaupt möglich sind (vgl. *Economic and Political Weekly*, 11.11.2000). Das Mehrheitsvotum wurde vor allem von den beiden Richtern B.N. Kirpal und Dr. A.S. Anand formuliert. In einem Minderheitsvotum hat der oberste Richter S.P. Bharucha darüber hinaus gefordert, der Umweltverträglichkeit noch mehr Beachtung zu schenken. Die NCA hatte den expliziten Auftrag, innerhalb einer Frist von vier Wochen umfassende Pläne für die Kompensation und Rehabilitation der unmittelbar betroffenen Bevölkerung vorzulegen. Es wurde von der Öffentlichkeit jedoch als blamabel empfunden, dass diese Pläne nicht bereits existierten.

An dem Urteil wurde in der anschließenden, öffentlich geführten Diskussion vor allem kritisiert (vgl. *The Hindu*, 22.11.2000), dass der Supreme Court zu geringe Vorgaben formuliert hat, was die Auswahl der berechtigten Empfänger, die Abstufung in der Höhe und die Modalitäten der Abfindungen betrifft. Ferner wurde in den folgenden Auseinandersetzungen deutlich, dass es sich vor allem um ein soziales und ökonomisches, aber nicht primär um ein ökologisches Problem handelt. Zwar werden nunmehr große Gebiete von Wald und Anbauland überflutet, aber im Zentrum der Diskussion stehen die Menschen, die bis jetzt in diesen Gebieten gelebt haben und denen kein neuer, gleichwertiger Lebensraum zur Verfügung gestellt werden kann. Dies ist ein sozialpolitisches, aber kein Umweltproblem.

Ein Nebenaspekt des Urteils ist, dass das oberste Gericht für künftige Streitfälle die Stellung des Premierministers stärkte. Laut Artikel 262 der indischen Verfassung liegt die Entscheidungsgewalt über die Nutzung von Flusswasser bei der Zentralregierung, falls der Fluss durch mehr als ein Bundesland fließt. Dies trifft jedoch auf sämtliche der größeren Flüsse Indiens und

auch auf die Narmada zu. Umstritten ist diese Zuständigkeit zum einen, weil durch die Verantwortung der Nationalregierung zu stark parteipolitische Interessen zum Tragen kommen, und zum anderen, weil der planwirtschaftliche Zugang der Zentralbürokratie bisher stets die Chancen für eine Dezentralisierung von Verantwortung zu vereiteln gewusst hat (*Frontline*, 24.11.2000).

2 Weltweites Interesse am SSP

Wenige Wochen nach der Bekanntgabe des Supreme-Court-Urteils in Delhi wurde am 16. November in London der Abschlussbericht der World Commission on Dams (WCD) der Öffentlichkeit vorgestellt.¹ Die Initiative für diesen Bericht geht vor allem auf die Weltbank zurück, die in den Auseinandersetzungen über das SSP in den achtziger Jahren eine zentrale Rolle gespielt hat. Nachdem sie zunächst die notwendigen Kredite bewilligt hatte, zog sich die Weltbank 1986 wieder weitgehend aus diesem Projekt zurück. Auf öffentlichen Druck hin setzte sie eine unabhängige Expertenkommission ein, die Morse Commission, die bereits früher zwei Berichte vorgelegt hatte, in denen sowohl die Förderung alternativer Bewässerungsmethoden als auch die Reduzierung der vorgesehenen Maximalthöhe für das SSP empfohlen worden war.

Der jetzt vorliegende Bericht der WCD greift diese Bedenken auf und räumt der Annahme derartiger Großprojekte durch die betroffene Bevölkerung oberste Priorität ein. Die möglichen Folgeprobleme von Großstaudämmen werden ausführlich diskutiert. Ferner formuliert der Bericht Zweifel an der Stabilität vieler indischer Dämme, die besonders starken Monsunfluten nicht hinreichend gewachsen seien. Indien steht in der Liste der gescheiterten Staudammprojekte mit 9,2% weltweit an zweiter Stelle.

Dennoch spricht sich der umfangreiche Bericht nicht für ein Moratorium aus, sondern betont auch die positiven Aspekte. Weltweit hängt etwa ein Viertel der bewässerten Anbauflächen vom Wasser großer Stauseen ab. Es wird geschätzt, dass derzeit etwa 800 Millionen Menschen, sowohl was ihre Lebensmittel als auch was ihre Stromversorgung betrifft, auf Staudämme angewiesen sind. Er bietet eine umfassende, globale und überzeugende Bestandsaufnahme des Staudammbaus. Er behandelt ökonomische Aspekte ebenso wie ökologische, technische ebenso wie soziale und räumt auch Medha Patkar, der Vorsitzenden der NBA und Mitglied der WCD, Platz für einen Kommentar ein. Innerhalb der WCD vertrat Medha Patkar jedoch eine Minderheitenmeinung. In der gehobenen indischen Presse wurde der Bericht als „pro-dam“ bewertet (*The Hindu*, 26.11.2000). Dennoch gestattete die indische Regierung der WCD nicht, öffentliche Anhörungen abzuhalten, und die Landesregierung von Gu-

¹*Dams and Development. A New Framework of Decision-Making. The Report of the World Commission on Dams*, Earthscan Publications Ltd., London 2000.

jarat drohte sogar damit, bei Zuwiderhandlungen Teilnehmer gegebenenfalls unmittelbar verhaften zu lassen.

Lange Zeit diente der Narmadadamn den Kritikern der Weltbank als ein wichtiges Beispiel für ein fehlendes Verantwortungsbewusstsein in Umweltfragen.² Es ist zweifellos den Widerstandsgruppen und speziell der NBA zu verdanken, wenn heute von Seiten der Weltbank in Indien keine Mittel mehr freigegeben werden, ohne dass eine entsprechende Akzeptanz durch die Bevölkerung sowie ein Mindeststandard an Umweltverträglichkeit nachgewiesen werden. Doch scheint dies umgekehrt nicht das Vertrauen der NBA in die Weltbank erhöht zu haben. Als Mitte November James Wolfensohn, der Präsident der Weltbank, Indien besuchte, wurde seine Reise von zahlreichen Protesten insbesondere von Seiten der NBA begleitet. Nicht bestätigten Pressemeldungen zufolge (vgl. *Frontline*, 8.12.2000) soll Wolfensohn gegenüber dem Ministerpräsidenten von Gujarat, Keshubhai Patel, geäußert haben, dass es ein Fehler der Weltbank gewesen sei, sich aus dem SSP zurückgezogen zu haben. Er sei bereit, diesen Schritt jetzt zu revidieren.

Die ungelösten R&R-Probleme sind seit langem ein Grund für internationale Konzerne, sich aus der Finanzierung der Wasserkraftwerke im Narmadatal zurückzuziehen. Bereits 1998 und 1999 hatten sich der amerikanische Versorgungsbetreiber Paegen und die beiden deutschen Firmen Bayernwerk und VEW Energie aus dem Kraftwerksprojekt Maheshwar am Oberlauf der Narmada zurückgezogen. Nachdem im Juni 2000 eine Prüfgruppe des BMZ das Narmadatal besucht und auf die fehlenden Rehabilitationsmaßnahmen hingewiesen hatte, verzichtete auch Siemens darauf, sich bei der Bundesregierung um eine Hermes-Bürgschaft zu bemühen. Im Dezember 2000 zog sich schließlich der amerikanische Elektrizitätsbetreiber Ogden Energy Group aus dem Maheshwar-Projekt zurück (*The Hindu*, 14.12.2000). Der größte Teil der privaten Finanzierung liegt jetzt bei dem indischen Unternehmen S. Kumar's.

Für die Finanzierung des SSP hofft die Landesregierung Gujarats noch immer primär auf die Weltbank. Darüber hinaus hat eine intensive Werbekampagne begonnen, um die in Europa und in den USA arbeitenden Inder (Non-Resident Indians) für Investitionen zu gewinnen und speziell von Schweizer Banken Kredite zu bekommen (*Times of India*, 18.12.2000).

3 Wachsender Widerstand

Der Widerstand gegen das SSP im weiten Einzugsgebiet des Narmadaflusses ist hervorgegangen aus dem Aufschrei der betroffenen Bevölkerung, die der steigende Pegel zwingt, ihre seit Jahrhunderten bewohnte Heimat zu verlassen. Ihre Zahl wird insgesamt auf etwa 30.000 Familien geschätzt, mehr als

²Roma Mukherjee, *Environmental Economics in the Third Millennium*, New Delhi 2001, S.21.

die Hälfte davon sog. „Ureinwohner“ (Adivasis), die stark von ihrem bisherigen Lebensraum abhängen und deshalb schwieriger umzusiedeln sind als viele andere Gruppen. Im Laufe der Jahre hat sich dieser Widerstand immer mehr politisiert. Zum einen wurden immer neue Aspekte in den Protest einbezogen, zum anderen hat die Welle der Sympathie inzwischen nicht nur ganz Indien, sondern auch große Teile der westlichen Welt erreicht. Sämtliche nationalen und viele internationale Medien berichten regelmäßig über das Projekt, und auf den ersten Blick scheint sich der größte Teil der veröffentlichten Meinung gegen den Weiterbau auszusprechen. Die meisten Betroffenen haben heute gar keine Vorstellung mehr davon, wer sich alles mit ihrem Schicksal identifiziert (und teilweise auch profiliert).

Fast alle Widerstandsgruppen in der Region sind zusammengeschlossen in der NBA, deren Vorsitzende Medha Patkar die geistige und politische Führung dieser Protestbewegung verkörpert. Maßgeblich unterstützt wird sie seit einigen Jahren von der Schriftstellerin Arundhati Roy. Die NBA ist ausgezeichnet organisiert. Sie unterhält sogar eigene Grundschulen, da die meisten staatlichen Schulen lediglich auf dem Papier existieren. Und unmittelbar nach dem Erdbeben vom 26. Januar 2001 sind zahlreiche kleinere Gruppen der NBA nach Gujarat aufgebrochen, um der betroffenen Bevölkerung zu helfen. Entgegen der häufigen Bezeichnung handelt es sich bei der NBA nicht um eine reine Umweltorganisation, sondern um eine sozialpolitisch engagierte Nichtregierungsorganisation.

Der Hauptkritikpunkt der NBA am SSP bestand ursprünglich darin, dass durch dieses Großprojekt zu viele Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren. Inzwischen hat sich diese Kritik zu einem umfassenden Protest gegen Großdammprojekte überhaupt entwickelt. Die Diskussionen und die Aufmerksamkeit, die die NBA in den vergangenen 15 Jahren hervorgerufen hat, machen deutlich, dass es bei dem Widerstand gegen das SSP nicht nur um die Umsiedlung von 30.000 Familien geht, sondern um das Selbstverständnis der indischen Gesellschaft.

Die Stimme der NBA ist inzwischen in sämtlichen Medien omnipräsent. Die betroffenen Bundesstaaten, insbesondere Madhya Pradesh, betonen immer wieder, dass sie kein Land für die Neuansiedlung der betroffenen Bevölkerung zur Verfügung stellen können. Es gibt allerdings auch Stimmen, die bezweifeln, dass sie dies letztlich überhaupt wollen. Gleichzeitig erscheint den meisten Betroffenen die Aussicht auf staatliche „Kompensation“ als völlig unzureichend. Im besten Fall erhalten sie pro Familie eine Hütte mit Blechdach in mindestens 100 Kilometer Entfernung und etwa 200,- DM Entschädigung in bar. Die NBA hat nicht nur eindringlich deutlich gemacht, dass es für die meisten der Betroffenen keine adäquate Kompensation gibt, sondern auch allgemein die Zweifel daran wachsen lassen, dass es in vielen Fällen eine solche Kompensation überhaupt geben kann.

Die tatsächlich betroffene Bevölkerung hat in der gesamten bisherigen Projektplanung weder Gehör gefunden noch hatte sie Gelegenheit zur Mitsprache. Die in der Presse immer wieder kolportierten Szenen, in denen Regierungsvertreter einzelne aus der Bevölkerung um ihre Meinung fragen, sind teils rührend, teils peinlich. Unter diesen Umständen fiel es der NBA leicht, das romantische Image des David aufzubauen, der gegen Goliath kämpfen will. Zwar unterstützen viele internationale Menschenrechtsgruppen die NBA in der öffentlichen Meinungsbildung, aber die NBA legt großen Wert auf die Feststellung, bisher keine Gelder aus dem Ausland angenommen zu haben, denn andernfalls läuft sie Gefahr, in Indien selbst jede Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Es geht der NBA nicht mehr um die Frage, ob diese oder jene „Kompensation“ für einzelne Bevölkerungsgruppen als angemessen betrachtet werden kann. Medha Patkar hat das Angebot, selbst Verantwortung für die Umsetzung der R&R-Maßnahmen zu übernehmen, abgelehnt. Es geht der Bewegung um die Prinzipien von Ökonomie und Ökologie und vor allem darum, was mit dem verfassungsmäßig garantierten Recht auf Leben überhaupt gemeint sein soll, wenn dies den Menschen im Narmadatal nicht in gleicher Weise zusteht wie allen anderen. Sie betont das Fehlen sowohl umfassender Untersuchungen über die Umweltverträglichkeit des SSP als auch einer überzeugenden Kosten-Nutzen-Analyse. Ferner argumentiert sie, dass Großprojekte dieser Art zu viele der verfügbaren Mittel aufzehren.

Als am 31. Oktober 2000 die politischen Vertreter der Nationalregierung sowie der involvierten Landesregierungen ihren vermeintlichen „Sieg“ feierten, beschimpfte eine aufgebrauchte Menge das Urteil des Supreme Court als einen Verrat an der Gerechtigkeit („betrayal of justice“). Demgegenüber stellte Innenminister L.K. Advani die Bedeutung des Supreme-Court-Urteils auf eine Stufe mit den erfolgreichen Nukleartests vom Frühjahr 1999, da beide die Souveränität und Handlungsfähigkeit Indiens unter Beweis gestellt hätten. Von den Widerstandsgruppen wurde das Urteil als eine schwere Niederlage empfunden. Medha Patkar fastete öffentlich drei Tage lang und erklärte, dass das oberste Gericht von der Regierung in die Irre geführt worden sei und lediglich die Fixierung auf Großprojekte fortschreibe. Dies sei die falsche Entwicklungspolitik der vergangenen 50 Jahre, die durch das große Wort von Jawaharlal Nehru geprägt war, dass Staudämme die „Tempel des modernen Indien“ seien. Angeblich sind jedoch Nehru selbst schon zu seinen Lebzeiten Zweifel an dieser Einschätzung gekommen. Medha Patkars Selbstverständnis hingegen ist nicht von Zweifeln angeagt. Sie ist in dieser Frage nicht bereit, den Supreme Court als oberste rechtsstaatliche Institution zu akzeptieren. Vielmehr müsse das Gerichtsurteil, das aus ihrer Sicht voll von Widersprüchen sei, von nun an mit zu den Angriffszielen des Widerstandes gezählt werden.

Die Konfrontation zwischen der indischen Regierung (einschließlich der involvierten Landesregierungen und des Supreme Court) auf der einen und der NBA, maßgeblich vertreten durch Medha Patkar, auf der anderen Seite wurde in den Monaten nach Bekanntgabe des Urteils vom 18. Oktober immer erbitterter. Zunächst wurde noch darum gestritten, ob das oberste Gericht in seinem Urteil alle verfügbaren Gutachten berücksichtigt oder wertend ausgewählt habe. Der NBA galt das Urteil als formalistisch, konservativ und „middle-class biased“ weil es ausschließlich staatlich anerkannte Gutachten berücksichtigt hatte. Darüber hinaus warf sie dem Supreme Court vor, kein eigenes Konzept von Umweltverträglichkeit und kultureller Vielfalt zu haben, das über die bestehende Gesetzeslage hinausgehe (vgl. *Economic and Political Weekly*, 25.11.2000)

Der Supreme Court beanspruchte demgegenüber keinerlei Gewissheit in diesen Fragen. Er stand allein vor der Aufgabe, einen Mittelweg zu finden zwischen den bestehenden nationalen Gesetzen und den allgemein menschenrechtlich begründeten Ansprüchen der betroffenen Bevölkerung. Im Ergebnis sprachen sowohl die Gutachten als auch die Rechtslage für den Weiterbau des Damms. Für die Vertreter der NBA stellte diese Perspektive jedoch keine „Lösung“ dar. In dem Konflikt zwischen der subjektiven Gewissheit und dem rechtsstaatlichen Prozedere obsiegte bei den meisten ihrer Vertreter das Gewissen. Am 13. Dezember organisierten sie eine Sitzblockade vor dem Haupteingang des Supreme Court in Delhi – eine gesetzwidrige Aktion, die es in dieser Form seit der indischen Unabhängigkeit noch nicht gegeben hatte. Fünf Anwälte des obersten Gerichts haben daraufhin eine „public interest petition“ gegen die NBA wegen „contempt of the Court“ vorgelegt, der am 5. Januar 2001 stattgegeben wurde. Am 26. Februar hat hieraufhin der Supreme Court die Ermittlungen gegen Medha Patkar und Arundhati Roy wegen ihrer „filthy slogans“ gegenüber dem Gericht aufgenommen. Zu einem weiteren Rechtsbruch kam es am 9. Januar als 40 überwiegend weibliche Vertreter der NBA versuchten, das Wohnhaus des Ministerpräsidenten von Madhya Pradesh, Digvijay Singh, in Bhopal zu stürmen, um ihn zu einem Gespräch zu zwingen. 27 von ihnen wurden vorübergehend verhaftet.

Umgekehrt erstattete Medha Patkar Anzeige wegen Verleumdung gegen den Herausgeber des *Indian Express*. Erstmals in dessen Ausgabe vom 10. November, aber später auch in anderen Zeitungen war eine halbseitige Anzeige mit der Überschrift „True Face of Ms. Medha Patkar and her Narmada Bachao Andolan“ erschienen. Die Verantwortung für diese Anzeige liegt jedoch beim National Council for Civil Liberties, einer unabhängigen Organisation in Ahmedabad, die als Interessenvertreterin zahlreicher Nichtregierungsorganisationen aus Gujarat gilt. In dieser Anzeige wird der NBA nicht nur allgemein vorgeworfen, durch ihren Widerstand gegen das SSP und andere Projekte nachhaltige Entwicklung zu blockieren, einseitige Umweltvorstellun-

gen durchsetzen zu wollen und „sozial ungerecht“ zu handeln. Es wird speziell Medha Patkar unterstellt, staatsgefährdend mit ausländischen Organisationen zusammenzuarbeiten, an diese vertrauliche Dokumente von nationalem Interesse weiterzugeben und Unterstützungsgelder entgegengenommen zu haben (vgl. *The Hindu*, 16.12.2000). Unabhängig vom Ausgang dieses Rechtsstreits hält offensichtlich eine Mehrheit der Funktionsträger in Gujarat diese Vorwürfe für berechtigt.

4 Widerstand und Poesie

Während Medha Patkar in ihren Urteilen in der Regel maßvoll ist, von vielen als Joan d'Arc of Indian NGOs bewundert wird und schon seit Jahren internationale Anerkennung genießt, ist das Image der Schriftstellerin Arundhati Roy in diesem Streit eher schillernd und ambivalent. Einige vergleichen sie mit George Orwell, Jane Austin oder Virginia Woolf; viele andere urteilen jedoch skeptisch, dass der Welterfolg ihres Romans „The God of Small Things“ ihre Fähigkeit der Selbsteinschätzung getrübt habe. Mit ihrem Erfolgsroman war sie 1997 schlagartig zur bekanntesten indischen Schriftstellerin geworden und hatte mehrere internationale Preise bekommen. Das Buch wurde bereits in 40 Sprachen übersetzt, und über sechs Millionen Exemplare wurden verkauft. Seitdem hat Arundhati Roy vor allem kleinere Essays geschrieben und sich voll für die Unterstützung der NBA eingesetzt – in der Hoffnung, mit ihrem internationalen Renommee und ihren schriftstellerischen Fähigkeiten dieser Bewegung zu nützen.

Aufgrund ihres forschenden Auftretens und ihrer spitzzüngigen Bemerkungen kann sich Arundhati Roy stets eines großen Medieninteresses gewiss sein. Doch werden die Urteile über ihre Äußerungen sowohl in der indischen als auch in der internationalen Presse zunehmend kritischer. In ihren ersten Stellungnahmen nach der Bekanntgabe des Urteils vom 18. Oktober bezeichnete sie das Gerichtsurteil als „Entschuldigung von und Ermutigung für Menschenrechtsverletzungen“, wie sie allenfalls in einer „Bananenrepublik“ üblich seien (*Frontline*, 24.11.2000). In einer nicht mehr nachvollziehbaren Parallele setzte sie das Urteil in einer wortreichen Ausschmückung auf eine Stufe mit den Bombenangriffen der NATO auf das ehemalige Jugoslawien. Ebenso verzweifelt wie der Tiger im Zoo von Belgrad würden sich jetzt die Menschen im Narmadatal angsterfüllt ins eigene Fleisch beißen (*The Hindu*, 26.11.2000).

Gegen Ende des Jahres 2000 entwickelte sich in der indischen Presse – anknüpfend an Arundhati Roy – eine gesonderte Diskussion über die Vermischung von Politik und Literatur. Den Auslöser hierfür bildete ein Artikel (in: *The Hindu*, 26.11.2000) des angesehenen Naturhistorikers Ramachandra Guha, der international als einer der besten Kenner der Entwicklung der Umwelt- und Lebensbedingungen in Südasien gilt. Guha lobt zwar die literarischen

Fähigkeiten Roys, zieht aber ihre Kompetenz bei der Beurteilung von Umweltfragen ins Lächerliche. Bereits im Titel bezeichnet er Roy als „the Arun Shourie of the Left“. Arun Shourie gehörte zu diesem Zeitpunkt als National Minister for Disinvestment der Regierung unter Premierminister Atal Behari Vajpayee an und galt als Chefideologe der rechten Hindunationalisten. Aus der Sicht Guhas benutzen beide, der „super-patriot“ Shourie und „anti-patriot“ Roy dieselben Methoden; beide seien außerordentlich selbstgerecht, und beide zögen es vor, in überlangen, wortgewaltigen Texten zu schwelgen, statt sich um prägnante Aussagen zu bemühen.

Guhas Artikel fand große Resonanz und löste eine Welle zustimmender Stellungnahmen und empörter Proteste aus (vgl. *Frontline*, 05.01.2001), zumal gleichzeitig (in: *Outlook*, 27.11.2000, S.48-64) ein neuer Essay Roys erschienen war. Unter dem Titel „Power Politics“ beschreibt sie darin literarisch brillant, aber sachlich diffus das Spektrum der Kritik, die von Seiten der intellektuellen Linken in Indien gegen die „LPG culture“ (LPG = liberalization, privatization, globalization) vorgebracht wird. Roys Feindbilder sind die multilateralen Gesellschaften, die Atombombe und die großen Staudämme. Unter diesen Bedingungen sei das einzig Globalisierenswerte in ihren Augen der Widerstand. Insbesondere der Staudambau sei zunächst in Indien ein Traum gewesen, aber inzwischen zum Alptraum geworden, aus dem es aufzuwachen gelte. Gegen Ende ihres Essays trifft sie dann eine sehr bezeichnende Aussage: „We were not just fighting against a dam. We were fighting for a philosophy. For a Worldview“ (S.64). Damit bestätigte sie explizit, was zahlreiche Kritiker ihr vorwerfen.

Obwohl Roy in der Vergangenheit nur selten Interviews gegeben hatte, konnte die Zeitschrift *Frontline* zwei Monate später (19.01.2001) ein 14-seitiges Gespräch mit ihr abdrucken, in dem sie zu den laufenden Kontroversen Stellung nahm. Darin grenzt sie sich zum einen scharf ab gegen eine Anerkennung des Supreme-Court-Urteils. Das oberste Gericht habe jeden Anschein, moralisch, gerecht und respektabel zu handeln, aufgegeben: „It has destroyed justice!“ (S.7). Warum solle man ihm noch Gehör schenken? Zum anderen stellt sie Ramachandra Guha als einen Repräsentanten des Westens dar, von dem sie Welten trennen. Außerdem habe Guha lediglich ihren Stil kritisiert, aber ihr Stil sei ihre Politik (S.9).

5 Die Interessen Gujarats und der Streit zwischen den Bundesstaaten

Bei der Bevölkerung in Gujarat stoßen weder Medha Patkar noch Arundhati Roy auf offene Ohren. Dieser Bundesstaat hat sich immer am stärksten für das SSP eingesetzt, da er sich zu Recht als einer der Hauptnutznießer betrachten

kann. Zum einen sinkt hier der Grundwasserspiegel jährlich um mehr als drei Meter; zum anderen führen von den 185 Flüssen nur acht ganzjährig Wasser, und diese acht können maximal 20% des Landes bewässern. Während 1999 noch 14,8% des Niederschlags genutzt werden konnten, waren es im Jahr 2000 aufgrund der geringen Niederschlagsmenge nur noch 5,7%. Im Durchschnitt bringt in Indien ein Hektar bewässertes Land drei bis vier mal so viel Ertrag hervor wie die gleiche Fläche, die auf den regulären Niederschlag angewiesen ist. Speziell in Gujarat dürfte dieses Verhältnis jedoch noch wesentlich höher sein.

Inbesondere die Nutzung des Grundwassers ist in Gujarat inzwischen sehr problematisch. Zum einen haben die Regierungen seit vielen Jahren den Brunnenbau extensiv gefördert, ohne jedoch irgendwelche Kontrollmechanismen einzurichten. Zum anderen gibt es eine große Zahl von Industrien, die überdurchschnittlich viel Wasser sowohl verbrauchen als auch verschmutzen. Obwohl insgesamt 563 dieser Industriebetriebe aufgrund ihrer extremen Grundwasserverschmutzung registriert sind, haben die jeweiligen Regierungen in Ahmedabad bisher nichts hiergegen unternommen. Ebenso wenig wurde bisher gegen eine Vielzahl von Großgrundbesitzern unternommen, die sich auf bewässerungsintensive Anbaumethoden spezialisiert haben und hierfür ausschließlich Brunnenwasser benutzen (*The Hindustan Times*, 11.01.2001).

Da 80% des Gebietes von Gujarat auf Bewässerung angewiesen sind, gibt es hier eine starke Lobby in der gesamten Bevölkerung für das SSP. Die Fläche, um die es hier geht, entspricht ungefähr der Hälfte der alten Bundesrepublik, und die Zahl der betroffenen Menschen muss mit über 30 Millionen angesetzt werden. Allerdings hat sich die Landesregierung von Gujarat in den Krisen der vergangenen Jahre nicht gerade den Ruf eines politisch kompetenten und effizienten Managements erworben (vgl. *Frontline*, 16.03.2001). Auch in Rajasthan findet sich eine starke Lobby für das SSP. Weder kleinere Dämme noch bessere Methoden der Wasserkonservierung bieten angesichts dieser Größenordnung eine realistische Alternative. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Urteils begannen überall in Gujarat die Hochrechnungen, wann welcher Ort über das vorgesehene Kanalnetz, das das größte dieser Art in der Welt werden könnte, voraussichtlich mit Wasser versorgt werden kann (*Times of India*, 25.11.2000).

Seit es um die handfesten Fragen geht, wie die Folgeprobleme des Weiterbaus politisch gelöst werden können, haben sich die Auseinandersetzungen zwischen den drei Bundesstaaten Gujarat, Madhya Pradesh und Maharashtra erheblich zugespitzt. Hierbei geht es vor allem um die Auflagen und die Kosten für R&R-Maßnahmen. Die meisten der „project-affected people“ (Paps) leben in Madhya Pradesh, und 60% von diesen sind Ureinwohner. Eines der Hauptargumente der NBA besteht darin, dass es geradezu „unmenschlich“ sei, diese Bevölkerungsgruppen in weit entlegene Gebiete umzusiedeln. Gleichzeitig hat

Madhya Pradesh jedoch nicht genügend eigene Gebiete, die überhaupt für eine Wiederansiedlung von „Tribals“ in Frage kommen. Obwohl diese sich zum Teil vehement dagegen wehren, nach Gujarat umgesiedelt zu werden, ist dies bereits mit über 6.000 Personen geschehen, und Gujarat ist bereit, weitere 8.000 aufzunehmen.

Während Gujarat wahrscheinlich am meisten von der Fertigstellung des SSP profitieren wird, werden die meisten Kosten voraussichtlich für Madhya Pradesh anfallen. Im Prinzip ist die Landesregierung Gujarats bereit, hierfür Ausgleichszahlungen an Madhya Pradesh zu leisten, doch gibt es bis heute keine Einigung über die Höhe. Vermeiden möchte die Landesregierung in Ahmedabad in jedem Fall eine weitere Politisierung des Streits im Sinne der NBA. Aus diesem Grunde versuchte sie im Dezember, eine Ausweitung der Kontakte des Staatspräsidenten mit der NBA zu verhindern und hierfür die Unterstützung der Zentralregierung zu gewinnen. Nachdem Medha Patkar Gelegenheit gegeben worden war, dem Staatspräsidenten K.R. Narayanan die Anliegen der NBA vorzutragen, hatte dieser sich schriftlich an die Regierung gewandt und in öffentlichen Stellungnahmen seiner Sorge insbesondere wegen des Schicksals der Ureinwohner Ausdruck gegeben (*The Telegraph*, 14.12. und *The Hindustan Times*, 25.12.2000). Diese Äußerungen wurden jedoch von mehreren Politikern parteiübergreifend als unangemessene Einmischung kritisiert, da sie die NBA in ein zu positives Licht rückten. Eine Gruppe von 25 Parlamentsabgeordneten aus Gujarat wandte sich mit der Bitte an den Präsidenten, die Motive und die politische Glaubwürdigkeit der NBA einer erneuten Prüfung zu unterziehen, da diese offensichtlich nicht bereit sei, das rechtsstaatlich gefällte Urteil des Supreme Court anzuerkennen.

Der Bundesstaat Maharashtra versucht demgegenüber, sich weitgehend aus der Verantwortung zurückzuziehen. Sein Ministerpräsident, Vilasrao Deshmukh, bezweifelt, dass Maharashtra sowohl nennenswerte Mengen Wasser als auch die zugesagten 27% des erzeugten Stroms abbekommen wird. Als er Anfang Januar 2001 zwei Untersuchungsausschüsse hierzu einsetzte, wurde er von Keshubhai Patel, dem Ministerpräsidenten Gujarats, beschimpft, der NBA in die Hände zu spielen (*Indian Express*, 7.01.2001). Die Elektrizitätsgesellschaft Sardar Sarovar Narmada Nigam Ltd. (SSNNL) wies jedoch darauf hin, dass die spätere Verteilung des Stroms zwischen Madhya Pradesh (57%), Maharashtra (27%) und Gujarat (16%) vertraglich fest vereinbart sei.

Ein neuer Streit ist inzwischen dadurch entstanden, dass Gujarat auf den Bau eines sogenannten „irrigation bypass tunnel“ drängt. Dadurch soll die Wasserversorgung für Gujarat auch in dem Fall sichergestellt werden, dass einzelne Turbinen ausfallen. Der Ministerpräsident von Madhya Pradesh, Digvijay Singh, sieht darin eine Unterminierung der Stromproduktion. Sein verstärktes Interesse an der Sicherstellung der künftigen Stromversorgung ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, dass mit der Gründung des neuen

Bundesstaates Chhattisgarh die großen Kohlengebiete im Osten von Madhya Pradesh verloren gegangen sind. Aus diesem Grunde insistiert die Landesregierung in Bhopal auch darauf, dass das Indira Sarovar Project, ein Staudamm mit Wasserkraftwerk am Oberlauf der Narmada, in dem ebensoviel Strom erzeugt werden soll wie im SSP, ausschließlich Madhya Pradesh zugute kommt.

6 Das Problem des Wassermangels und die Gefahr von Erdbeben

Im Prinzip gibt es in Indien keinen Wassermangel, aber Jahr für Jahr leiden große Teile der Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen entweder an der Dürre oder an Überflutungen. Nachdem im April und Mai des Jahres 2000 fast ein Drittel Indiens schwer unter den Folgen der Dürre gelitten hatte, war schon ein halbes Jahr später absehbar, dass die Situation im Frühjahr 2001 speziell in Gujarat wahrscheinlich noch schlimmer werden würde. Allzu optimistisch hatte Keshubhai Patel, der Ministerpräsident von Gujarat, noch im Sommer 2000 versprochen, das Jahr 2000 werde das letzte des akuten Wassermangels in Rajkot sein. Der Narmadakanal werde binnen eines Jahres Wasser dorthin bringen und bald darauf sogar bis Bhuj. Derart leichtfertige Versprechungen verstellen den Blick dafür, dass erfolgreiches Wassermanagement immer mehr an die Spitze der Probleme rückt, durch deren Lösung (oder Nichtlösung) die Weichen für die Zukunft Indiens gestellt werden.

Ein wichtiger Kritikpunkt am SSP ist die vorgesehene spätere Verteilung des Wassers, das vor allem der Industrie und den Städten zugute kommen soll, aber kaum den am stärksten unter der Dürre leidenden Gebieten helfen wird. Dem Protest der NBA schlug eine Welle der Sympathie entgegen, nachdem 1993 das Ministry for Water Resources bekannt gegeben hatte, dass die beiden Distrikte Kutch und Saurashtra in Gujarat erst im Jahre 2025 an das Kanalnetz angeschlossen würden. Diese beiden Distrikte haben im Frühjahr 2000 unvorstellbar unter der Dürre gelitten, und die Menschen in diesem Gebiet berichten, dass es während der folgenden Monsunzeit dort teilweise nur an einem einzigen Tag geregnet hat. Vor diesem Hintergrund hat der Ökonom Suhas Parajpye im Sommer 2000 ein unabhängiges Gutachten erstellt, in dem er zwar auch Zurückhaltung im Hinblick auf die maximale Dammhöhe empfiehlt, vor allem aber betont, dass die beiden Distrikte Kutch und Saurashtra vorrangig an das Kanalnetz angeschlossen werden sollten.

Zu allem Übel liegen diese beiden Distrikte in dem Gebiet, das durch das Erdbeben am 26. Januar 2001 besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Seitdem ist die Wasserversorgung dort eines der Hauptprobleme des Wiederaufbaus. Zunächst war in der öffentlichen Diskussion, die im Anschluss an das Beben über dessen Folgen geführt wurde, zwar nur von den Gefahren

die Rede, die von Erdbeben auf den Staudammbau ausgehen. Sehr bald meldeten sich aber auch Stimmen zu Wort, die auf die Vorteile von Staudämmen hinwiesen. Es kam nämlich bei den häufig in Indien auftretenden Erdbeben in den vergangenen Jahrzehnten in gebirgigen Gegenden oft zu Erdrutschen, die dann entsprechende Flutwellen mit katastrophalen Folgen auslösten. In diesen Fällen könnten Staudämme maßgeblich dazu beitragen, die Auswirkungen einer solchen Flutwelle einzudämmen (*Times of India*, 04.02.2001).

Für den Fall eines Erdbebens wird die Sicherheit der derzeit in Indien im Bau befindlichen Staudammprojekte in den Medien in der Regel als „angemessen“ eingestuft. Das wichtigste dieser Projekte ist – außer dem SSP – vor allem der Tehri-Damm in Uttaranchal, für den der Premierminister eine spezielle Untersuchung anordnete. Als Ergebnis dieser Untersuchung wird der Tehri-Damm jetzt zum einen in Teilen der Presse als erster erdbebensicherer Damm in Asien apostrophiert (*National Herald*, 27.02.2001), zum anderen fordert die Landesregierung des erst jüngst neu gebildeten Bundesstaates Uttaranchal von der Nationalregierung eine Unterstützung von 90 Millionen DM für Kompensationszahlungen. Die anderen überprüften Projekte sind der Mullaiperiyar Damm in Kerala sowie die beiden Dämme Koyna und Almatti in Karnataka. Keines dieser Projekte wurde gestoppt. Der Thein-Damm, der an der Grenze zwischen Punjab und Himachal Pradesh den Fluss Ravi staut, wurde am 4. März 2001 von Premierminister Vajpayee eingeweiht. Was den Narmadadammbau betrifft, gilt dieser bei Beben bis zur Stärke von 8,5 (Richterskala) als „sicher“. Unkenrufe waren nur noch in Leserbriefen zu lesen.

Ein anderer Aspekt, der in diesem Zusammenhang diskutiert wurde, ist die Frage, ob Stauseen dazu beitragen können, Erdbeben auszulösen. Der Narmadadammbau liegt in der sogenannten Verwerfungsspalte und hat deshalb einen äußerst sensiblen RIS-Faktor („reservoir induced seismicity“). Dies bedeutet, dass durch den enormen Wasserdruck mehr Wasser als normal in die Erde sickert, was eventuell dazu beitragen kann, ein Erdbeben auszulösen. Im Falle des Koyna-Damms gibt es Anzeichen dafür, dass seismische Aktivitäten in diesen Gebieten zugenommen haben. In Bezug auf den Narmadadammbau konnte jedoch bereits nach wenigen Tagen das National Geophysical Research Institute in Hyderabad ausschließen, dass dieser Stausee irgendeinen direkten oder indirekten Zusammenhang mit dem Beben vom 26. Januar 2001 gehabt haben könne.

7 Entscheidung und Verantwortung

Bei einem Vergleich des SSP mit dem Tehri-Damm kommt noch ein ganz anderer Aspekt in den Blick, der weder für die Entscheidung des Supreme Court eine Rolle gespielt noch in den bisherigen politischen Debatten Beachtung gefunden hat. Die Narmada gilt nämlich vielen Hindus auch als Ort der

Verehrung. Seit Jahrhunderten gibt es eine besondere Wallfahrt, die „parikrama“, die an einer Seite des Flusses nahe der Mündung beginnt, flussaufwärts bis zur Quelle und dann auf der anderen Flussseite wieder zurückführt. Auf seinem 2.600 Kilometer langen Weg findet der Pilger ungezählte Tempel, die häufig auf kleinen Inseln im Fluss liegen. Viele von diesen werden in ein paar Jahren wahrscheinlich unter Wasser liegen.

Für die Pilger an den Ufern der Narmada ist diese Vision völlig unvorstellbar. Dies könnte sich allerdings sehr schnell ändern, wenn die Verantwortlichen der hindunationalistischen BJP in Ahmedabad und in Delhi von ihrer radikalen Basis ebenso unter Druck geraten, wie es derzeit in Uttaranchal geschieht. Dort organisiert seit neuestem die Vishva Hindu Parishad (VHP), der „Welt der Hindus“, den Widerstand gegen den Weiterbau des Tehri-Damms mit dem Argument, dass die Wasser des heiligen Ganges nicht von Menschenhand eingeschränkt werden dürften. Die VHP bereitet jetzt für Uttaranchal und darüber hinaus eine „jan jagran“, ein „öffentliches Wachrütteln“ vor, um die Bevölkerung zum Widerstand zu mobilisieren. (*The Hindu*, 16.02.2001) Damit konterkariert die VHP nicht nur erneut die Politik der BJP, sie wird auch zum unerwarteten Bundesgenossen der berühmten Umweltbewegung Chipko Movement, deren Engagement zum Schutz des Himalaya bisher in der BJP auf wenig Zustimmung stieß.

Es wird sich für die bereits getroffenen und noch anstehenden Entscheidungen schwerlich ein archimedischer Punkt finden lassen, von dem aus die Argumente für und wider das SSP abgewogen werden könnten. Den Menschen in Gujarat erscheint es unverantwortlich, das Wasser des Narmadaflusses, das hier so dringend gebraucht wird, einfach ins Meer fließen zu lassen. Hilfen für einzelne Familien, Regenwasser zu „ernten“ und auf Vorrat zu halten, sollten weiterentwickelt und gefördert werden, aber sie können keinen Ersatz für das Staudammprojekt bieten. Die staatliche Bewässerungsplanung aus den vergangenen 50 Jahren wird zu Recht kritisiert wegen ihrer Überschätzung von Großprojekten, zumal diese oft mangelhaft konzipiert und umgesetzt wurden, teilweise in Korruption ersticken und dank internationaler Unterstützung häufig überteuert waren. Aber viele Fehler der Vergangenheit sind bekannt und dürfen nicht automatisch und von vornherein jedem Neuprojekt unterstellt werden. Für die meisten Verantwortlichen in dem betroffenen Gebiet besteht die Alternative zum staatlichen Missmanagement der Vergangenheit nicht darin, mehr und mehr der Eigeninitiative der Bevölkerung oder des Marktes zu überlassen, sondern in der Schaffung von Transparenz und verantwortungsbewusster Partizipation.

Die NBA und ihre führenden Vertreter sind über viele Jahre hinweg in eine sehr exponierte Rolle hineingewachsen, in der sie stets breiter Anerkennung und Sympathie sicher sein und durch die geschützt sie wertende Urteile fällen konnten. Mit dem Urteil des Supreme Court scheint sich dieses Blatt

gewendet zu haben. Viele, die in der Vergangenheit gegen den Damm waren, akzeptieren dieses Urteil als einen neuen Ausgangspunkt. Die NBA kann nicht beanspruchen, eine Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung zu vertreten. Vielmehr hat ihr Ansehen im Winter 2000/2001 sowohl durch den Streit mit dem Supreme Court gelitten als auch durch ihr starres Festhalten an ihrer kategorischen Oppositionshaltung nach dem Erdbeben vom 26. Januar, durch dessen Folgen der Bedarf für das SSP von vielen noch höher bewertet wurde als vorher.

Demgegenüber akzeptiert auch im Fall des SSP die Mehrheit der Bevölkerung uneingeschränkt die Entscheidungen der Judikative, und alle konstruktiven Vorschläge, die zerstörte Infrastruktur im Westen von Gujarat wieder aufzubauen, finden die Unterstützung der Medien. Der gebildeten Elite des Landes geht es vor allem darum, dass Entwicklungsmöglichkeiten wahrgenommen und rechtsstaatliche Entscheidungen umgesetzt werden. Es geht nicht um die vordergründige Alternative, dass letztlich zwischen einer Umsiedlung von rund 30.000 Familien und dem Wasserbedarf von weit über 30 Millionen Menschen abgewogen werden müsse, obwohl auch diese Rechnung von Ökonomen aufgemacht wird (vgl. Radhey Shyam Goel, in: *The Economic Times*, 31.12.2000). Ebenso wie in vielen anderen Bereichen richten einige Inder auch im Fall des SSP einen vergleichenden Blick nach China. Die anscheinende Selbstverständlichkeit, mit der dort riesige Staudammprojekte umgesetzt und Millionen von Menschen „in an orderly manner“ umgesiedelt werden, erscheint vielen als Vorbild (*The Hindu*, 13.02.2001). All dies sei ein vergleichbar akzeptabler Preis für die dadurch eröffneten Entwicklungsmöglichkeiten.

Wie das Land mit der Lösung dieser Probleme vorankommen soll, muss vor allem auf der politischen Ebene entschieden werden. Doch hierzu bedarf es umfassender, langfristiger Planungen und überzeugender Konzeptionen. Zwar gibt es in Indien eine starke Tradition sozialistischer Fünfjahrespläne, aber mehr als je zuvor in der demokratischen Tradition des Landes verlangt die Bevölkerung nach Mitsprache. Die Meinungsbildung, die sich teilweise äußerst kontrovers in den öffentlichen Medien vollzieht, kann nach wie vor als ein sehr positives Zeichen der indischen Demokratie bewertet werden. Unter einer langfristigen Perspektive geht es in dem Streit über das SSP letztlich und vor allem um Fragen der Partizipation an und Dezentralisierung von politischer Verantwortung. Es geht um die differenzierte und längerfristige Entwicklung einer indischen Zivilgesellschaft, um mehr Kompetenz und Einfühlungsvermögen, vor allem aber um verantwortbare und verantwortete Politik.

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2001

**Politik
Wirtschaft
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:

Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Dietmar Rothermund
Dr. Christian Wagner

Beiträge von:

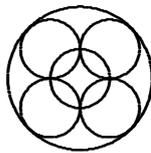
Joachim Betz	Citha D. Maaß
Jagdish P. Bhati	Sonja Majumder
Elfriede Bierbrauer	Nina V. Michaelis
Dirk Bronger	Joachim Oesterheld
Jona Dohrmann	Helmut Reifeld
Alexander Fischer	Hans Christoph Rieger
Sushila Gosalia	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Heinrich Kreft	Ralf Schmid
Claudia Kruchten-Weinrich	Christian Wagner
Beate Kruse	Martin Z. Wilderer
Jürgen Lütt	Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Ruth Cordes, Wiebke Timpe
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-267-0
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2001



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).